

NOBELPREIS-SPLITTER

Mit einer beachtenswerten Meldung ließ jüngst der Rechtsanwalt Dr. Georg Zanger aufhören, der aus Anlass der Eröffnung des Chinakulturzentrums in Wien kundtat, beim Nobelpreiskomitee in Norwegen anregen zu wollen, der Volksrepublik China den Friedensnobelpreis 2023 „für die einzigartige Befreiung von 800 Mio. Menschen aus der tiefsten Armut“ zu verleihen. In der Tat eine beachtliche politische Leistung, auch im Hinblick von an der Größe gemessen vergleichbaren Staaten wie Indien.

PREIS FÜR ZUKÜNFTIGE

TATEN. Die lobenswerte Initiative hat allerdings nicht viel Aussicht auf Erfolg, zumal das Komitee schon in der Vergangenheit, sich auf den Willen des Stifters berufend, den Preis unter anderem für die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere zu verleihen, höchst umstrittene Entscheidungen getroffen hatte wie jene, den Preis 2009 an den damaligen erst seit wenigen Monaten im Amt befindlichen US-Präsidenten Barack Obama zu verleihen – mit der Begründung, dass sich das internationale Klima durch ihn verändert habe. „Selbst für die schwierigsten internationalen Konflikte seien nun Dialog und Verhandlungen die bevorzugten Lösungsinstrumente“, meinte das Gremium.

BANNER DER FREIHEIT. Der solcherart mit großen Vorschusslorbeeren Bedachte konnte alsbald die in ihn gesetzten Erwartungen des noblen Komitees erfüllen und trug mit großer Verve zwei Amtszeiten hindurch das Banner der Freiheit in Länder wie Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien oder den Jemen; Zerstörung, Folter und Blutvergießen inbegriffen.

Die Logik des Friedens verinnerlichend, ist es daher nur konsequent, den Friedensnobelpreis des nächsten Jahres an seinen gelehrigen, an Jahren etwas älteren

Schüler Joe Biden und die unablässig in Osteuropa und der Ukraine Frieden stiftende NATO geteilt zu verleihen, wobei Insider munkeln, dass das auch mit der norwegischen Provenienz von deren Generalsekretär zu tun habe.

Völlig unumstritten ist hingegen die Verleihung des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften an die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, trotz nicht enden wollender Kritik am Preis selbst, dessen Stifter eine herzliche Abneigung gegen die Wirtschaftswissenschaften gehabt habe, sich zum Zeitpunkt der Einrichtung des Preises aber aus nachvollziehbarem Grund seines Ablebens Jahrzehnte zuvor nicht mehr dagegen wehren konnte.

HYPERINFLATION. Auch wenn gemäß den Vergaberichtlinien des Preises die Verfassung eines wirtschaftswissenschaftlichen Werkes von großer Bedeutung im vorliegenden Fall nicht nachgewiesen werden konnte, ist die Auswahl der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften nachvollziehbar aufgrund der von der EU-Kommission und deren Präsidentin stimulierten Hyperinflation und Rezession, des nachhaltigen Umbaus der europäischen Sozialstaaten zu Almosenstaaten, der Herabstufung des Euro zur Ramsch-Währung und eindrucksvollen Stärkung des US-Dollar als einziger Weltwährung.

ENUNZIATION. Die vor allem weniger den Feind als die eigenen Bevölkerungen schädigenden kriegerischen Sanktionen der EU-Kommission fanden vor der Königlich Schwedischen Akademie in deren Würdigung keine Berücksichtigung, weil sie eher in den Bereich des Friedensnobelpreises ressortierten, so die nachsichtige Enunziation der honorigen Kommission.

www.walterposch.at

